

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Putsch in Litauen.

Smetona zum Staatspräsidenten „gewählt“.

Riga, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der bisherige Staatspräsident von Litauen, Dr. Grinius, hat am Sonnabend unter dem Druck der Umstürzler sein Amt zur Verfügung gestellt. In einer Sonder Sitzung des litauischen Sejm wurde daraufhin Smetona mit angeblich 38 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt. Gegen ihn stimmte nach den hier vorliegenden Meldungen niemand, weil sämtliche 45 Linksabgeordnete schlossen sich Smetona sofort vereidigt und dann in das Präsidentenpalais gestellt. Er ist der Führer der Umstürzler und war von der früheren Regierung erst kürzlich wegen hochverräterischer Pläne in Haft genommen worden.

In Rom selbst soll, ebenso wie im Lande, bisher völlige Ruhe herrschen. Dagegen wird andererseits weiterhin gemeldet, daß die Gefolgschaft der Truppen für das neue Regime längst noch nicht restlos gesichert sei. Es verlautet nach wie vor, daß eine ganze Zahl von Regimentern, die zu der alten Regierung stehen, im Anmarsch auf Rom sind. Eisenbahner, die angeblich in Rom zu der Möglichkeit eines Streikabwehrbeschlusses Stellung nehmen wollten, wurden von dem Militär der Umstürzlerregierung verhaftet. Auch wird gemeldet, daß zwischen den beiden um die Macht kämpfenden Rechts- und Linksgruppen bereits heftige Kämpfe im Gange sind.

Die Mitglieder des alten Kabinetts sind, einer WTB-Depesche zufolge, inzwischen in Freiheit gesetzt worden.

Polnische Militärvorbereitungen.

Warschau, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Wie der sozialistische „Robotnik“ erfährt, sind die gegen das litauische Militär vorgehenden Arbeiter nicht Kommunisten, sondern Sozialisten. Die Diktatur des Landes gebe die Arbeiter lediglich dem Ausland gegenüber als Kommunisten aus, um die öffentliche Meinung irrezuführen.

Die Truppenkonzentrationen an der litauisch-polnischen Grenze werden fortgesetzt. Der Abmarsch des Militärs aus den Garnisonen erfolgte feldmarschmäßig. Der polnischen Presse sind Meldungen hierüber von der Regierung strengstens untersagt; im entgegengesetzten Falle droht die Regierung mit der Konfiszierung des Blattes.

Viskubski konferierte am Sonntag mit dem Außenminister Jasefki; das Ergebnis wird geheimgehalten. Er bestellte ferner sämtliche Armeespektoren für Montag zum Bericht nach Warschau.

Unnötige Sorgen in Paris.

Kombinationen über eine Begegnung Stresemanns mit Mussolini.

Paris, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter beschäftigen sich heute mehrfach mit den deutsch-italienischen Beziehungen. Der „Quotidien“ spezial widmet der Zusammenkunft, die Stresemann, den italienischen Blättern zufolge, für den 29. Dezember mit Mussolini verabredet hat, einen längeren Artikel. Das Blatt weist darauf hin, daß ohne Zweifel in Deutschland eine „chauvinistische Partei“ bestünde, die diese Zusammenkunft wünsche und in jeder Form zu einem Militärabkommen Deutschlands mit dem faschistischen Italien dränge. Es gäbe aber in Deutschland auch eine Partei, die diese Politik verwerfe und von solchen Kombinationen nichts wissen wolle. Diese Partei habe, so wolle man in Frankreich hoffen, zu der beabsichtigten Reise Stresemanns noch ein Wort zu sagen, und sie werde, so sei man in Paris überzeugt, dieses Wort sagen.

Der „Pelti Parisien“ hat sich in Rom an zuständiger Stelle längere Erklärungen über das abzuschließende deutsch-italienische Abkommen geben lassen. Es ist dem Berichterstatter ausdrücklich betont worden, daß die französische öffentliche Meinung in keiner Weise beunruhigt zu sein brauche. Der Vertrag habe einen ausgesprochen juristischen Charakter und bedeute nur eine Etappe in der Verbesserung der Beziehungen zwischen Rom und Berlin. Der Vertrag sei unter keinen Umständen in Verbindung mit den Schwierigkeiten zu bringen, die Italien gegenwärtig in Frankreich habe. Italien beabsichtige nur, allgemeine Verträge im Rahmen des Paktes von Locarno abzuschließen. Wenn auch französischerseits ein solches Abkommen noch nicht bestehe, da der Horizont noch einige schwarze Wolken aufweise, so sei man in Rom überzeugt, daß dies nur vorübergehend sein wird.

Die Meldung des „Pelti Parisien“ aus Rom zeigt, daß man sich selbst dort vor den Folgen sorgt, die ein Besuch Stresemanns bei Mussolini haben müsse. Also sogar der frühere Alliierte Frankreichs muß fürchten, daß seine Beziehungen sich verschlechtern, wenn es zum gegenwärtigen Zeitpunkt sich Kombinationen über sein Zusammengehen mit Deutschland aussetzt. Trifft das aber für Italien zu, so würde es doppelt für Deutschland zutreffen.

Bei den Genfer Nachrichten über die Besprechungen Gaus-Scialoja wiesen wir bereits darauf hin, daß jeder Staat international anrücklich wird, der sich mit dem Faschismus in politische Vertragsverhandlungen einläßt. Wenn es sich dabei um ein so grundsätzlich zu billigen Vertrag wie einen reinen Schiedsvertrag handelt, so wird man dies im Interesse neuer völkerrechtlicher Bindung für den Augenblick in Kauf nehmen können. Wie bei den politischen Verträgen mit der Sowjetunion wird, wenn es sich wirklich nur um einen bloßen Schiedsvertrag mit Italien handelt, das Verständnis hierfür sich international durchsetzen. Etwas ganz anderes aber ist es, wenn die einfache Unterzeichnung eines Vertrages zu einer hochpolitischen Haupt- und Staatsaktion durch die Begegnung des deutschen Außenministers mit dem italienischen Diktator aufgebaut wird. Es ist dann unvermeidlich, daß sich daran Gerüchte über Bündnisverhandlungen und Beratungen mit Militär in Zusammenarbeit knüpfen, die sich schwer zerstreuen und widerlegen lassen.

Die deutsche Außenpolitik würde sich selber ins Gesicht schlagen, wenn sie derartige Pläne verfolgte.

Anflich wird heute morgen erklärt, daß bisher nur die Tatsache einer Urlaubreise Stresemanns nach dem Süden feststehe. Reiseziel und Reiseweg lägen noch keineswegs fest. Jergendwelche Abmachungen über eine Begegnung mit Mussolini seien keineswegs getroffen.

Nachwählerfolg des nationalen Blocks.

Paris, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Reaktion hat gestern einen neuen Wahlsieg im Departement Rivore davongetragen. Der Kandidat des nationalen Blocks ist mit rund 32.000 Stimmen gewählt worden gegen 27.000 Stimmen für den kommunistischen Kandidaten, zu dessen Gunsten der Kandidat des Linkspartells nach dem ersten Wahlgang zurückgetreten war.

Der Germersheimer Mordprozess. Ein falsches Protokoll.

Der Prozess gegen den französischen Unterleutnant Rouzier wegen der Erschießung des Emil Müller in Germersheim und weiterer Gewalttätigkeiten gegen Deutsche wurde am Sonntag fortgesetzt. Im Mittelpunkt standen die eigentlichen Straftaten, die der Anklageschrift zugrundeliegen, die Verletzung von Mithes und der Tollschlag an Emil Müller. Die Anklage selbst hat die von Rouzier behauptete Notwehr nicht als wahr angenommen. Unwahrscheinlich wird sie auch dadurch, daß Rouzier, als er sich bedroht fühlte, ein französischer Unteroffizier zu Hilfe kam und bereits in die Höhe war, trotzdem schoß Rouzier. Der Helfer mußte in einem Lobdogen Deckung suchen, um nicht selbst der Gefahr einer Verletzung ausgesetzt zu sein.

Einen Zwischenfall gab es, als aus dem Protokoll der Voruntersuchung festgestellt wurde, daß ein Zeuge namens Fichter behauptet habe, in der Lage des Rouzier hätte er selbst geschossen. Der Zeuge bezeichnete diese Darstellung als falsch, es ist auch möglich, daß ein Uebersetzungsfehler des Dolmetschers vorliegt, weil diese Aeußerung in einem ganz anderen Zusammenhang gefallen ist. Als der Zeuge und der Dolmetscher einander gegenübergestellt wurden, erklärte der letztere, daß er sein Protokoll beschwören wolle. Demgegenüber betonte der Zeuge: Ich habe die Wahrheit gesagt und brach dann erschöpft zusammen.

Die langen Vernehmungen gehen nun in die Einzelheiten darüber, ob Rouzier sich bedroht fühlen konnte. Wiederholt stehen die Protokolle der Voruntersuchung im Gegensatz zu den Angaben der Zeugen, wie sie bereits durch frühere Veröffentlichungen bekannt sind. Es scheint also, daß man die Protokolle nicht sehr gründlich aufgestellt hat oder nicht aufstellen konnte. Die meisten Vernehmungen haben sich auch gewögert, die Verhandlungsprotokolle zu unterschreiben.

Dortmunder Schulstreik vor dem Abbruch. Starke Abflauen der Bewegung.

Dortmund, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Schulstreik im westfälischen Industriegebiet steht vor dem Abbruch. Die evangelische Geistlichkeit ist angesichts des allgemeinen Abflauens des Streiks bereit, den Streik abzulassen, nachdem auch der Kultusminister keine Reigung zeigte, in der Frage der Befreiung der Schulratsstelle in Dortmund nachzugeben. Boraussichtlich wird der Streik noch vor den Weihnachtstagen beendet sein.

Die Freigabe deutschen Eigentums. Endgültiger Beschluß im Januar.

Das nordamerikanische Freigabegesetz für deutsches Eigentum, das das Repräsentantenhaus angenommen hat, wird wahrscheinlich im Januar vom Senat beraten werden und zwar noch in seiner allen Zusammensetzung.

Das beschlagnahmte deutsche Eigentum in der portugiesischen Kolonie Manzanique soll durch ein portugiesisches Regierungsdekret, das am 21. Dezember erscheinen soll, freigegeben werden. Bei den jetzigen unklaren Verhältnissen in Portugal ist das aber noch nicht sicher.

Inquisitionsprozess.

Die kommunistische Opposition vor dem Tribunal der Komintern. — Ruth Fischer ein übles Geschwür.

Die Maslow-Gruppe, Maslow, Ruth Fischer, Scholem und Urbahns, sind vom Etki endgültig aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Ihre Berufung ist verworfen, sie sind auf ewig verdammt. Der Inquisitionsprozess wird in der „Roten Fahne“ veröffentlicht. Inquisitor war der Finne Kuusinen, der vor dem Etki über den Prozess referierte. Der Prozess war nicht kurz: „Die Kommission hat diese Leute viele Stunden lang verhört.“ Diese Leute — das sind die Scholem, Urbahns und Ruth Fischer, einst gefeierte Führer der deutschen Kommunisten, vor zwei Jahren zu Reichstagsabgeordneten gewählt, Fürsten der Komintern. Nun: diese Leute. Raft und bloß, allen Ruhmes bar, als kleine Menschen vor dem Inquisitionstribunal, den Finnen Kuusinen als Richter vor sich, dem die Gnadenjonne Moskows noch strahlt und das Brot Moskows noch schmeckt. Ein schlechter Beruf, Berufsrevolutionär zu sein, wenn der Dienstherr unzufrieden ist. Man wird zu leicht aus großen Führern zu „diesen Leuten“.

Diese Leute wurden also verhört. Maslow war nicht dabei. Kuusinen sagt über ihn:

„Maslow, der Kapellmeister, fehlte. Er hatte vorgezogen, unter dem Schutz der deutschen Polizei seine weiteren Anklagen gegen die Komintern auszuspielen, anstatt seine Politik vor dem Etki zu vertreten. Bekanntlich hatte sich Maslow schon einmal wegen eines, eines Kommunisten unwürdigen Verhaltens gegenüber der Berliner Polizei vor der Internationalen Kontrollkommission zu rechtfertigen. Sein böses Gewissen hat ihm wohl gesagt, daß man ihm das zweite Mal nicht verzeihen würde. Er hat also wohl Ursachen, eine vollständige Entsorgung zu fürchten. Wir sagten den Leuten selbstverständlich, daß die Internationale Kontrollkommission ja bloß moralische Mittel besitze. Diese antworteten darauf: „Wir haben kein Vertrauen zur Sowjetregierung.“ Solche „Kommunisten“ wagen es also, gegen den Ausschluß zu appellieren.“

Vertrauen zur Sowjetregierung, unbegrenzt und kritisch, ist also oberste Pflicht jedes Kommunisten. Die Sowjetregierung ist unfehlbar — mag nun Lenin, Stalin oder ein anderer den Kurs bestimmen.

Die Inquisition erstreckte sich darauf, ob „diese Leute“ den richtigen Glauben haben:

Frage: Erkennen Sie die K.P.D. als eine kommunistische Partei im Leninischen Sinne?

Antwort Ruth Fishers: Wir sind der Meinung, daß die jetzige Führung vom Leninismus abweicht.

Frage: Erkennen Sie an, daß kein Gegensatz zwischen der Sowjetunion als einem Staat der proletarischen Diktatur und der Politik der Komintern besteht?

Ruth Fischer: Wir stehen in dieser Frage auf dem Standpunkt der russischen Opposition.

Frage: Erkennen Sie an, daß die Gegenüberstellung der Interessen des Sowjetstaates den Prinzipien des Kommunismus falsch und schädlich ist?

Ruth Fischer: Natürlich. (Heiterkeit.)

Frage: Erkennen Sie an, daß der Standpunkt von Korsch konterrevolutionär ist?

Antwort: Diese Frage ist sehr schwer. (Heiterkeit.)

Ruth Fischer sagt: Ja, dieser Standpunkt ist reformistisch und liquidatorisch, aber nicht konterrevolutionär. Wir halten den Ausschluß von Korsch nicht für richtig und kämpfen daher gegen alle solche Ausschlässe.

Der richtige Glauben wurde nicht bekannt, also Verdammnis. Nun ging es um die Unterwerfung:

Frage: Erkennen Sie die Gültigkeit und die Verbindlichkeit des Beschlusses des Etki über Ihre Angelegenheit an, wie er auch ausfällt?

Antwort Ruth Fishers: Wir sind bereit, jede Aktion der Partei zu unterstützen und mitzumachen, wir werden aber unsere politische Auffassung nicht ändern.

Feststellung des Inquisitionsrichters: Die Antwort auf die Frage ist weder ja noch nein. Man stellt sich vollkommen taub. Es ist die gleiche Diplomatie, wie schon das letzte erweiterte Etki festgestellt hat.

Frage: Sind Sie bereit, sich allen Beschlüssen der K.P.D. zu fügen?

Ruth Fischer: Natürlich. (Heiterkeit.)

Feststellung des Inquisitionsrichters: Dies sagt also die Unterschrift der Offenen Briefes. Nicht nur ja, sondern „natürlich“. Wir wissen, was für einen Wert dies besitzt. Man hat ihnen aus ihren eigenen Schriften bewiesen, daß sie mit Korsch verbündet sind.

Ein echter Inquisitionsprozess! Delinquent weicht aus — also ist er verdammt. Delinquent leugnet — also ist die Anklage richtig und er verdammt. Delinquent will sich unterwerfen — das ist natürlich gelogen, Beweis seiner Verworfenheit — er wird verdammt.

Und verdammt werden diese Leute:

Die Kommission hat festgestellt: „Diese Leute stehen auf der anderen Seite der Barrikade. Unsere Kommission versichert die ultralinken Arbeiter der K.P.D. mit voller Ueberzeugung davon, daß diese Leute völlig unwürdig sind, Mitglieder einer kommunistischen Partei zu sein.“

Noch eine letzte Tatsache, die den moralischen Tiefstand dieser Leute zeigt. Am Ende des Verhörs haben sie gedroht, der Partei durch Veröffentlichung von vertraulichem Material zu

Schaden. Diese moralisch tleffehenden Elemente wagen es, gegen den Ausschluß zu appellieren! Die Komintern hat sich durch ihren Ausschluß von einem üblen Geschwür befreit. Wir müssen den ultralinken Arbeitern in der SPD sagen: die höchste Instanz, die Komintern, hat gesprochen: der Ausschluß ist endgültig.

Bei der Abstimmung wurde die Resolution einstimmig angenommen.

„Diese Leute“ sind nun moralisch zerschmettert. Die Moskauer Inquisition hat es beschlossen. Höllein darf jetzt seine schönsten Kräfte gegen sie anwenden.

Die Inquisition hat im übrigen ganze Arbeit gemacht. Sie hat den Ausschluß der holländischen Kommunisten Bagnhoop und Ravenstein bestätigt. Deren Verbrennen war; sie waren 1922 für eine Koalition mit der Sozialdemokratie und teilten 1924 die Missionen der MacDonald-Regierung.

Schließlich wurde Souvarine verdammt:

„Die Siebente Erweiterte Exekutive beschließt:

1. Den endgültigen Ausschluß von Boris Souvarine aus der Komintern wegen konterrevolutionärer Propaganda.

2. Das von der Monatte- und Rosmer-Gruppe geleitete Organ „La Revolution proletarienne“, in der Souvarine schreibt, ist als eine konterrevolutionäre Publikation zu betrachten.“

Nach der Verdammung der Schuldigen Großmut für die Reuigen: Brandler und Thalheimer sind begnadigt worden. Sie haben die politischen Ehrenrechte zurückgehalten und dürfen wieder politisch in Deutschland arbeiten. Die Knochen sind ihnen gründlich zerbrochen, also dürfen sie wieder in Deutschland die Hampelmänner Moskautaus spielen.

Der Generalunternehmer der kommunistischen Parteien aller Länder führt ein echtes Unternehmerrégiment über seine angestellten Berufsrevolutionäre: wer nicht kuschelt, der fliegt. Welche zaristische dunkle Geist spricht aus dieser Inquisition — welche Selbstentmannung aber aus dem Verhalten jener, die sich solcher Inquisition unterwerfen, statt ihr mit Hohnlachen die Kehrsseite zu zeigen!

Politik gegen bares Geld.

Hintergründe der Scholz-Krise.

Die scharfe Kampfansage des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, die zu dem Sturz der Regierung Marx den unmittelbaren Anlaß gegeben hat, erfolgte in schroffem Widerspruch zu den früheren Bemühungen der Industrie nach einer Verständigung mit der deutschen Arbeiterschaft. Die Tatsache, daß die Rede Silverbergs aus dem Dresdener Kongreß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in diametraler Gegensatz zu der Herausforderung des Führers der Deutschen Volkspartei an die Sozialdemokratie stand, wird auch von der bürgerlichen Presse neuerdings stärker betont. Nun haben sich inzwischen Dinge ereignet, die auf einen Meinungswechsel innerhalb des Reichsverbandes der Deutschen Industrie schließen lassen. Wenige Tage vor der Rede des Dr. Scholz, nämlich am 28. November, fand unter Beteiligung führender Mitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie die Gründung der „Staatspolitischen Vereinigung“ statt, deren Ziel am besten aus den von Geheimrat Duisberg entwickelten Gedankengängen ersichtlich wird. Duisberg, der erste Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, führte nämlich aus:

In der Behandlung wichtiger wirtschaftlicher Fragen muß eine Änderung eintreten. Wie man es machen muß, das kann man in Amerika sehen. Die ganze Politik dort wird von einem Grenium von Wirtschaftlern gemacht. Wenn größere Fragen zur Entscheidung stehen, dann treten sie zusammen, sprechen diese durch und setzen

Richtlinien fest; nach denen wird dann gearbeitet. Aber wie soll man die Sache in Deutschland machen? Alle diese Dinge werden im Reichstag entschieden. Darum können und müssen wir auf die Parteipolitik einwirken. Aber mit der Vernunft auf die Parteien einzuwirken, das habe man allgemein aufgegeben. Nur durch planmäßige Beeinflussung lassen sich alle Schwierigkeiten überwinden. Und will man eine solche Beeinflussung gründen, dann muß man aus dem ganzen Reiche die Leute zusammennehmen. Es ist notwendig, daß alle Staaten vertreten sind. Dabei muß man sich klar sein, daß mit der Vielzahl der Staaten ein Ende gemacht werden muß.

Zur Durchscheidung der Gedanken und Pläne der Staatspolitischen Vereinigung aber gehört Geld. In Amerika hat man die nötigen Summen aufgebracht. Darum müssen sich alle Herren darüber klar sein, daß sie Geld aufbringen müssen.

Man erkennt den Zusammenhang. Noch nicht vierzehn Tage nach der Gründung dieser Vereinigung, die zur finanziellen Korruption der Parteien durch die Industrie gegründet wurde, hielt Scholz seine bekannte Rede, die von der Deutschen Volkspartei zunächst gebilligt wurde; nach Stresemanns Rückkehr erklärte sich die Partei allerdings für ein paar Stunden für die Große Koalition. Zwischenbruch aber hatte Herr Scholz den Deutschnationalen bereits die Zusage gemacht, seine Partei werde sich für den Rechtsblock einlegen, wenn die Westarp-Leute das Misstrauensvotum gegen Marx zu Fall bringen würden!

Der Zusammenhang zwischen den Bestrebungen der Industrie und der Haltung der Deutschen Volkspartei wird noch deutlicher, wenn man gewisse Vorgänge im Lager der Industriellen kennt, die sich zwischendurch abgespielt haben. Die Industrie ist vielerorts gerade von der Haltung der Deutschen Volkspartei enttäuscht. Den Abgeordneten wurden von den ihnen nahestehenden Industriellen schwere Vorhaltungen gemacht, die sich u. a. auch gegen die Unterstützung des Finanzministers Reinhold richteten. Reinhold, der noch in Dresden die 100prozentige Billigung der deutschen Industrie hatte, obwohl er so gut wie gar keine Zusagen gemacht hatte, war offenbar von seinen industriellen Freunden arg mißverstanden worden. Diese erwarteten nämlich jetzt einen raschen und starken Abbau sämtlicher Besitzsteuern. Daß die Mißbilligung in der Industrie über die selbst verschuldete Enttäuschung auch in anderen Kreisen nachhaltig gewirkt hat, geht überdies aus der Tatsache hervor, daß der demokratische Abgeordnete Dr. Fischer, im Hansa-Bund etwa um die gleiche Zeit einen Vorschlag machte, der auf nichts weniger hinauslief, als auf ein langfristiges Steuermoratorium für den Besitz. Der Steuerausfall sollte durch den Verkauf von Reichs- und Staatseigentum gedeckt werden.

Diese Zusammenhänge offenbaren die Hintergründe der Scholz-Krise. Die Industrie ist drauf und dran, in egoistischem Interesse des Privatkapitals sich die Staatsgewalt unterzuordnen, und schreit dabei selbst vor dem Mittel der Korruption politischer Parteien nicht zurück. Es ist selbstverständlich, daß man dabei die Sozialdemokratie zu fürchten hat. Und es ist ebenso selbstverständlich, daß infolgedessen die bekannte Rede Dr. Silverbergs wenige Monate später durch eine Kampfansage des aufrechten Dr. Scholz abgelöst werden mußte, nachdem die Propaganda der rechtsgerichteten Industriellen gegen die Sozialdemokratie und gegen die Sozialpolitik einigen Erfolg gehabt hatte.

Die Arbeiterschaft aber weiß nun, womit sie zu rechnen hat, wenn in der Reichspresse von einer neuen Staatskrise geredet wird.

Anti-Schund gerichtlich verboten. Die Beschlagnahme der Broschüre gegen das Schund- und Schmutzgesetz, über die wir berichteten, erfolgte nicht auf Anordnung der Polizei, sondern des Amtsgerichts Berlin-Mitte. An unserer Kritik des Beschlusses ändert sich dadurch nur soviel, daß es leider wieder ein deutsches Gericht ist, das seinen Kerker gegen linksgerichtete Literatur „auf gefeiertem Wege“ ausstößt.

„Die Starke Hand.“

Zimmer das alte Lied der Hülfslosen.

Der Sturz des Kabinetts Marx gibt Herrn Major Hans v. Sodenstern, dem Verantwortlichen der „Deutschen Zeitung“ und Wiking-Rufschiffen in Hauptberuf, zum soundsovielten Male Veranlassung, wieder einmal den berühmten Ruf nach der „starken Hand“ auszustößen, der angeblich in ganz Deutschland seit Jahren erschallt. Er schreibt:

„Wichtig! der Versuch, eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit zu schaffen, so würde ein Mann, der das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten genießt, zu beauftragen sein, ein Beamten- oder Fachkabinett zu bilden, das sich unverzüglich dem Reichstag vorstellt. Verweigert dieser dem Kabinett die Vertrauenserteilung, so wäre der Reichstag aufzulösen. Man scheue sich doch nicht immer vor Neuwahlen. Im Mittelpunkt dieser Neuwahlen würde allerdings der Herr Reichspräsident stehen.“

Und zum Schluß — der Teufelsfuß darf natürlich nicht fehlen — verlangt der Leitartikel des rechtsradikalen Blattes, daß, wenn Ruhe und Ordnung, wie er sie aussieht, gefährdet würden, „vom Artikel 48 der Verfassung Gebrauch gemacht werden müßte“. Die Wiking- und Olympiapläne im neuesten Aufzuge.

Nun, daß die Sozialdemokratie vor Neuwahlen nicht die geringste Angst hat, das hat sie während des ganzen verflochtenen Jahres gezeigt. Im Gegenteil, sie wären uns angenehm und erwünscht. Sollte freilich der Reichspräsident die ihm verfassungsmäßig gebotene Neutralität verlassen und sich in den Mittelpunkt eines Wahlkampfes stellen, so würde er sich dadurch nur selbst schaden. Furcht haben wir auch davor nicht. Und was endlich das ewige Schlagwort vom „Beamten- oder Fachkabinett“ betrifft, so ist den Massen des deutschen Volkes das ruhmbedeckte Kabinett Cuno noch in allzu frischer und schmerzlicher Erinnerung.

Dr. Brauns und die Sozialdemokratie.

Reichsarbeitsminister gegen Eugenbergs Falschmeldungen

Dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Im Anschluß an die halbamtlichen Mitteilungen, daß der Herr Reichspräsident am 18. Dezember u. a. auch Herrn Reichsarbeitsminister Dr. Brauns empfangen hat, macht der „Local-Anzeiger“ in seiner Sonntagsausgabe vom 19. Dezember längere Ausführungen über die Fragen, die wahrscheinlich den Gegenstand der Unterredung zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gebildet hätten. Der „Local-Anzeiger“ behauptet, daß Minister Dr. Brauns „in seinen Verhandlungen mit der Sozialdemokratie über die Regelung der Arbeitszeit zu der Erkenntnis gekommen sei, daß sie sich mit den Sozialdemokraten geeinigt hat, die Arbeitszeit nicht durchzuführen lassen“; ferner deutet er an, daß Minister Dr. Brauns mit Rücksicht auf seine Stellung zu den Forderungen der Sozialdemokraten hinsichtlich der Erwerbslosenunterstützung auch das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung nicht mit den Sozialdemokraten machen wolle. Es sei anzunehmen, daß Minister Dr. Brauns über diese Dinge vom Reichspräsidenten befragt worden sei.

Da Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sich gegenwärtig im Zuge auf der Fahrt nach Süddeutschland befindet und vor Eintreffen an seinen Bestimmungsort über die Mitteilung des „Local-Anzeigers“ nicht unterrichtet werden kann, kann er im Augenblick selbst noch keine Stellung zu den Ausführungen des „Local-Anzeigers“ nehmen. Wir sind aber in der Lage, bereits jetzt zu erklären:

1. Die vom „Local-Anzeiger“ erwähnten Fragen sind nicht Gegenstand der Unterredung des Herrn Reichspräsidenten mit Herrn Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gewesen.

2. Herr Minister Dr. Brauns hat bis in die letzte Zeit hinein wiederholt seiner Ansicht Ausdruck gegeben, daß er auch die Mitwirkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu der von ihm beabsichtigten Regelung der Arbeitszeit und Arbeitslosenversicherung zu erhalten hoffe.

Othello.

Erstaufführung in der Staatsoper.

Das letzte große Musikdrama Verdi's vor dem großen Falstaff-Lachen des weißen Meisters. Ein Werk der ungebrochenen Kraft des Siebzigers, eins der charaktervollsten, die er schrieb, eins, das, nach der Aida-Schöpfung, aus dem Wagner-Erlebnis wegstrebt von der glänzenden Arie zur vertieften Dramatik, von einem ausdrucks-schweren Rezitativ zu einem Sarrando-Stil, der Monologe, Duette als Nebenhandlung, die treibende Kraft der Handlung und des Wortes als elementare Wurzel jeder Oper anerkennt. Die Oberfläche des Schönegeangs, der nichts weiter ist als Melodie, blieb noch erkennbar. Es sind nicht die besten Partien, die sich so lobengrünlich ins Ohr schmeicheln. Auch plötzliche Trümper werden ausgespielt, kräftig, schlagend, als seien sie von Meyerbeer. Das alles verschwindet vor der treffenden Charakterisierung zweier Welten, vor der unauferlichen Brandur des Orchesters, vor der unerbittlichen Konsequenz, mit der Stimmungen, Affekte, Ekstasen leis vorbereitet, sanft gestachelt, heillosig unterbrochen, zum triumphalen Durchbruch gedrungen werden. Die Trinken- und Duellszene, das Crede-Logos, das zehrende Eiferjuchtlauern Othellos, die Verwirrung vor dem Geländten Benedigo, der Rachechwur, der dumpe Fall des Röhren und die sieghafte Rede des Hegers vor dem ohnmächtigen Löwen — es gibt nicht viele Szenen Verdis, die so wahrhaftig packen und die so elementare Kampfenatmosphäre in die des grausamen Lebens undenkbar. „Jago“ sollte die Oper erst heißen, und ein bedeutendster Reichtum an Charakter mußte hier dieser haarsträubenden, spitzen, brutalen, mephistophalen Figur als Mantel zu. Daneben Othello selbst, nicht so beweglich in den Elementen seines musikalischen Weisens, gerader, ungemindert, reicher und natürlich wärmer. Um so erschauernder die Ausbrüche seines Jorns, die plötzlich neben den streichenden Instrumenten Trompeten und Posaunen aufrufen. Elegie, Schmelz, Oboenton um Desdemona, die blässer bleibt, aber, dramatisch gesehen, einen notwendigen Ruhepunkt in der hochgepeinigten Szenerie darstellt. Das Gegenfächliche der Menschen wird zum Gegenfächlichen der Musik. Eine Einheit der gesamten musikalischen Grundelemente. Verdi, italienisch im Corio seiner Gesänge, in der Hitze seines Orchesters, wird zum Großmeister des deutschen Musikdramas. Boitos Text verdichtet die Ehelebenshandlung mit scharfen Strichen, die Herz und Nerv des reif gewordenen Dramatikers mobilisieren. Die reichste Reihe der Effekte ist vergessen. Es bleibt die Erschütterung.

Bei Kroll ging diese Ergriffenheit von Bohnen und Soja aus. Aus der Konkurrenz der beiden Rollen und ihrer Tragödie wurde ein Zusammenwirken von Kräften, die sich gegenseitig schälten, steigerten, erhitzen. Wie war Soja packender, reifer, stimmlich durchdringender denn als Othello, nie wuchs ein so großes Furioso des Aufbaumens, ein solches gesammeltes Maß von Konzentriertheit aus seiner Gedärde, wenn er gütig, wenn er fornic war, wenn er liebt, lobt, lübt, lübt. Seine Stimme bekam Hornbe, selbst kein Schrei gab Klang her. Bohnen herrschte auf der Bühne. Aber diesmal war die Ausgelassenheit seines Welens stillvoll. Der durchstrahlte Körper eines Schauspielers wiegte sich stark und bedachtsam in den Torsionskräften seines Charakters. Keine

Sekunde, ohne bezeichnende Geste der Hand, des Mundes, der Schritte befehle und erfüllte er diese Sekunden mit Leben. Er dirigierte, schlepte, rief auch die anderen mit. Trinktied und Crede: Kabinettstücke diffussten, größten Formats, aus dem Bewußtsein in das künstlerisch Selbstverständliche, in das effektvoll Hochzielende hineinfindend. Theater? Der Regisseur Korth hat an diesem elementaren Künstler, der so oft einen Still, ein Ensemble sprengt, diesmal nicht viel zu modifizieren brauchen. Jago-Repertoire braucht diese Durchdringung, diese brutale Vermengung zweier Gesichter, zweier Triebe, Laufender von Einzelzügen. Soweit die Substanz seiner Stimme es zuließ, sang Bohnen auch schön. Zum Schachjapin der deutschen Bühne fehlt ihm hier, nicht aber im Darstellerischen, ein Lichtes und Vorlesiges. Deslo Reinhard kam aus dem Ueblichen nicht heraus. Ihre Lieblichkeit und sonstige Natürlichkeit schienen verkrampft. Georg Szell dirigierte. Es gibt wenig Kapellmeister, die so musikalisch und die so sicher im Handwerk sind wie er. Die Sachtigkeit überdiente im „Othello“ jene Begeisterung, die mir sonst an Szell schon gesehen und gerühmt haben. Die Leidenschaft der Anfangszene verblühte in einem scharfen Aufpassen und objektiven Lenten. War er verstimmt? Er ist ein so hochbegabter erster Kapellmeister, daß ihm die Generale das Leben sicher lauer machen.

Politische Revue.

An dieser Stelle habe ich jedesmal, wenn über eine neu Revue zu berichten war, bedauert, daß Julius Freund, der Dichter der alten Metropol-Theater-Revue, nicht mehr lebt und daß sich kein Ersatz für ihn findet. Inzwischen hat sich eine neue Form von Revuen herausgebildet. Marcelus Schiffer und Friedrich Holländer sind die ersten, die — im Renaissance-Theater — Feitaktoren mit aktuellen Anspielungen neugeschaffen haben. In die Fußstapfen dieser beiden verdienstlichen Jungen Leute treten Julian Wendi und Otto Brod, die Autoren der Revue „Ohlshill“, die am Sonnabend den Besuchern des Kleinen Theaters viel Vergnügen gemacht hat. Aus den zahlreichen Dummheiten der Zeit haben sie eine hübsche Musterkollektion zusammengestellt und ihr den Namen „Revue“ gegeben, der nicht ganz stimmt. Ihrer Bühnenschaue fehlen die großartigen Bilder, fehlt der Aufmarsch berückendster Beine, mit einem Wort, die grandiose Prachtentfaltung, die nun einmal zu einer Revue gehört. Was aber nicht fehlt, ist der Humor. Der sprudelt kräftig und mit Schwung durch die 24 mit beschiedenen Mittel ausgesetzten Bilder. Die Revue hat sogar so etwas wie eine fortschreitende Handlung. Ein junger Mann flüchtet nach Amerika, wo er die richtige Freiheit zu finden hofft. Er merkt aber zu seinem Erstaunen, daß die dortigen Zeitgenossen noch spießiger sind als seine deutschen Botsleute. Nach manderlei Fährnissen kehrt er daher nach Deutschland und ins geliebte Berlin zurück. Die Verfasser haben für die Statisten dieser Revue manche hübschen Einfälle gehabt, die unter der Leitung von Oskar Ranehl und Kurt Geron mit kolossalem Schwung in die Bühnenschaue umgesetzt sind. Nur weniger Bilder leben von einem Bild, der an den Haaren herbeigezogen ist, wie etwa das Sechs-Loge-Rangummi-Rennen. Einigen anderen mangelt der Geschmack, und ein Bild, in dem vier ausgewählte Babns im Stechtischen auf die Bühne kommen, ist sogar abern. Der Witz von den

Antialkoholikern, die heimlich fürchterlich trinken, ist schon sehr abgestanden. Die Mehrzahl der Bilder spricht aber von Wit und Liebermut. Da sieht man einen Kaffeehausgast, der aus einem Berg Zeitungen vorliest. Jeder Artikel beginnt „Ein Kaffeehaus wird umgebaut“ und endet mit dem pessimistischen Satz: „Nihilos veriane Energie“. Eine dieser Strophen ist im Gedächtnis geblieben: „Ein Kaffeehaus wird umgebaut, der Rudendorff ist frisch getraut, er denkt nun jede Nacht an sie — nihilos veriane Energie“. Man sieht die rekonstruierte Königin von Rumänien, die Kanalschwimmer, man sieht Herrn Ritz in Person — zum Unterschied von anderen Ritzern der „Kulturkritik“ genannt —, man sieht Gustav Stresemann, ein Strumpf schwarzgrün, der andere schwarzweißrot, und — für alle Fälle rote Rückendeckung, Einheitspreisgeschäfte und das moderne Kredit-system. „Warum soll man in Lumpen gehen, man kann ja heute pumpen gehen.“ Erfreulich ist bei dieser Revue, die ein Mittelglied zwischen Kabarett und großer Bühnenschaue darstellt, die aufrechte republikanische Gesinnung, die nur manchmal etwas überbetont ist.

Die Darsteller fanden den rechten übermäßigen Ton. Ein siebenwürdiges Talent zeigte sich in Warja Kirjanoff. Kurt Geron ist der merkwürdige Schauspieler, der immer bedingungslos energisch aussieht, ein sabelhaftes Tempo am Leibe hat, und deshalb besonders üllig wirkt, weil er die spößigsten Sachen mit wütendem Gesicht ins Publikum schleudert. In der neuen Aufführung taten sich noch Luise und Biall Werkmeister, Hilde Ruth, Hugo Böllin und Werner Bernhardt hervor. Kurt Bruno Erns paßt mit seiner gemollten tief aufgetragenen Komik nicht in den Rahmen. Ernst Degner.

Die Hagia Sofia als Tanzpavillon? „Dschumhuriet“, das türkische Regierungsblatt, meldet in Nr. 934 vom 14. Dezember, daß ein Mann namens Mehmed el Habib sich schriftlich und mündlich an den Statthalter von Konstantinopel mit der Bitte gewandt habe, ihm die Hagia Sofia zu verpachten, da diese Moschee in bezug auf ihre Lage und ihre Einrichtung alle Bedingungen für einen modernen Tanzpavillon erfüllt. Die Regierung hat die ärztliche Untersuchung des Mannes beantragt. Erst wenn die Ärzte ein günstiges Gutachten abgegeben haben, wird man in der Lage sein, dem Angebot näher zu treten.

Ludwig Julius Sena's vorübergehender Diktator der Akademie. In der Session der Preussischen Akademie der Künste hat sich vor kurzem der Senat konstituiert. Dr. Ludwig Julius wurde zum Vorsitzenden des Senats gewählt. Sein Stellvertreter ist Oskar Voelck.

Marcell Selzer gibt am 20. in der Singakademie einen „Turkische Weltanschauung“ aus Werken von: Sichtenberg, Wilhelm Büch, Pagnier, Rittenberg, Ludwig Thoma, Kerr, Volgar, Noda Noda, Ningeniz, Wergenshausen u.

Streikdrohung der Wiener Hochschullehrer. Die Wiener Hochschullehrer beschließen ansehts der Benachteiligung gegenüber den anderen Bundesbeamten im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen gewerkschaftliche Maßnahmen zu ergreifen.

Untergang eines englischen Expeditionschiffes. Die Nacht „Styfalla“, die zu einer wissenschaftlichen Expedition für den Pazifischen Ozean ausgerüstet war, wurde ein Opfer des Sturmes. Mehrere Engländer sind in den Gütern umgekommen.

